

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 54 (2004)
Heft: 1

Buchbesprechung: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900-1945 [Patrick Kury]

Autor: Mattioli, Aram

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

durch kantonale Gesetze und als Element von sozialpartnerschaftlichen Gesamtarbeitsverträgen weiter. Ein eidgenössisches Feriengesetz kam jedoch erst 1966.

Der zweite Teil des Buchs besteht aus drei Fallstudien. Schumacher hat drei frühe und für die Schweiz beispielhafte Tourismusunternehmen untersucht, die bereits vor 1945 Ferienangebote für Mittel- und Arbeiterschichten verkauften: die 1898 begründete Ferienorganisation des schweizerischen Eisenbahnverbandes, der 1935 lancierte «Hotelplan», ein von Gottlieb Duttweiler im Sinne der Migros-Idee gegründeter Reiseveranstalter, und die Schweizerische Reisekasse, die 1939 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund aufgebaut wurde. Alle drei Fallstudien beruhen auf reichem Archivmaterial, an dem die Autorin überzeugend den schrittweisen, teilweise schwierigen, aber letztlich doch erfolgreichen Übergang vom Eliten- zum Massentourismus aufzeigt. Dabei veränderten sich auch die Machtverhältnisse in der Tourismusindustrie. Die Hotels verloren ihre traditionelle Bedeutung als Ferienanbieter an die neuen Reiseveranstalter, die mit standardisierten und kostengünstigen Ferienangeboten neue Kundenschichten anzusprechen vermochten. Die drei Fallbeispiele illustrieren damit auch die längerfristige Kommodifizierung der Ferien vom Luxusgut zum Konsumprodukt. Ausserdem machen sie deutlich, dass der Zweite Weltkrieg in der Schweiz viel zur Umstellung der Tourismusindustrie von internationalen auf heimische Kundensegmente beitrug. Diese Nationalisierung der Tourismusindustrie hat zusammen mit dem Angebot günstiger Pauschalarrangements noch während des Kriegs entscheidend zum Wachstum des schweizerischen Tourismusmarktes beigetragen. In dieser Zeit bildeten sich auch die unternehmerischen und wissenschaftlichen Netzwerke, die nach 1945 den schweizerischen Tourismus nachhaltig prägten.

Insgesamt ist die empirische Argumentation Schumachers überzeugend. Da die Untersuchung mit ihrem Gegenstand weitgehend historiografisches Neuland beschreitet, sind die Möglichkeiten, an vergleichbare Forschungsprojekte anzuknüpfen, gering. Wohl aus diesem Grund ist die Arbeit streckenweise eher deskriptiv denn analytisch ausgerichtet. Zu bedauern ist, dass die Autorin auf ein zusammenfassendes Schlusswort verzichtet und stattdessen ein essayistisches Nachwort über das Ferienerlebnis als Erfahrung eines Übergangsraums verfasst hat. Es bleibt deshalb weitgehend der Leserschaft überlassen, die Ergebnisse der Studie summarisch mit der Sozial- und Kulturgeschichte der Schweiz in Beziehung zu setzen. Einige der eingangs aufgeworfenen Fragen, zum Beispiel in welcher Weise die Untersuchung nun herkömmliche Modernisierungsmodelle relativiert, wie weit die Popularisierung von Ferienangeboten reichte oder welche Bedeutung die Feriendebatten innerhalb der Geschichte der schweizerischen Sozialpolitik besaßen, werden am Schluss nicht mehr aufgegriffen und bleiben deshalb unbeantwortet.

Martin Lengwiler, Berlin

Patrick Kury: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich, Chronos Verlag, 2003, 271 S.

Patrick Kury's wichtige Dissertation steht im Zeichen einer brisanten Kontinuitätsthese. «Aus der Perspektive der Überfremdungsbekämpfung gesehen», wird in ihrem Resümee festgehalten, «ist die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1939–1945 nicht eine einmalige Entgleisung, wie gerne behauptet wird. Sie ist vielmehr die logische, wenn auch nicht die einzig mögliche Konsequenz einer auf diskriminierenden Diskursen basierenden Abwehrideologie.» Patrick Kury ist zwar nicht der erste Historiker, der die schweizerische Flüchtlingspolitik der dunk-

len Jahre vor dem Hintergrund längerfristig wirkender Dispositive interpretiert. Doch vom Zürcher Historiker Stefan Mächler abgesehen hat noch niemand vor ihm mit der gleichen Stringenz die diskursiven Muster freigelegt, die die schweizerische Ausländerpolitik seit dem Ende des Ersten Weltkrieges für mehrere Jahrzehnte geprägt haben.

Ganz im Gegensatz zu der in den Sonntagsreden beschworenen «humanitären Tradition» zielte diese Politik, so die Kernthese der Studie, auf eine nationalistisch motivierte Überfremdungsbekämpfung, die von einem sozialdarwinistischen Auslese-Gedanken inspiriert und nicht frei von antisemitischen Denkfiguren war. Ernst Delaquis, der neue Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, trat im angespannten Klima nach dem Generalstreik mit der bald mehrheitsfähigen Forderung auf: «Wir müssen den fremden Ankömmling auf Herz und Nieren prüfen können. Reiht er sich ein in unser politisches, wirtschaftliches, soziales Staatsgefüge? Ist er hygienisch akzeptabel? Überschreitet seine ethnische Struktur das Mass zulässiger Inadäquanz?» Als in der Schweiz unerwünschte Ausländer bezeichnete der einflussreiche Chefbeamte nicht nur Bolschewisten und Straftäter, sondern auch Arbeitslose, Mittellose, «gemeingefährliche Kranke», «Schieber», «Schnorrer» und «Wucherer». Die neue Unterscheidung zwischen «erwünschten» und «unerwünschten» Ausländern markierte einen Bruch mit der liberalen Einwanderungspolitik der Vorkriegsjahre.

Vor dem Ersten Weltkrieg war es das Ziel fast aller Experten, die Ausländer mittels erleichterter Einbürgerung zu guten Schweizern zu machen. «Assimilation» durch Staatsbürgerschaft hiess die Losung. Im Kontext dieser Debatte tauchte um 1900 die genuin schweizerische Wortschöpfung «Überfremdung» erstmals auf. Bedingt durch Arbeitsmigration erreichte der Ausländeranteil an der schweizerischen Gesamtbevölkerung am Vorabend des Ersten Weltkrieges mit über 15 Prozent den höchsten Wert während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei blieb es nicht. Bis 1939 sank der Ausländeranteil auf 5,5 Prozent. Zu monokausal wird diese Entwicklung mit dem Wirken der 1917 vom Bundesrat ins Leben gerufenen Eidgenössischen Zentralstelle für die Fremdenpolizei erklärt – eine Engführung, die aus dem gewählten diskursanalytischen Ansatz resultiert.

Im Zentrum der Analysen steht die Tätigkeit einer kleinen Gruppe von Beamten in und um diese neue Amtsstelle. Verwaltungsexperten wie Heinrich Rothmund und Max Ruth gewannen einen entscheidenden Anteil an der Neuformulierung der schweizerischen Ausländerpolitik, weil es ihnen gelang, das öffentliche Reden über Fremde zu prägen. Aufgeschreckt durch die durch den Ersten Weltkrieg bewirkten Wirren gewannen in der Eidgenössischen Fremdenpolizei «protektionistische» Vorstellungen zunehmend Oberhand. Ausgehend von diesem Diskurszentrum prägten die in Grundlagenpapieren formulierten Abwehrkonzepte mehr und mehr das Handeln der Politiker. Wie viele andere Staaten in Europa auch schränkte die Schweiz die Freizügigkeit im internationalen Personenverkehr ein, verschärfte die Einbürgerungsbestimmungen und erschwerte die Niederlassung für Ausländer. Mit dem 1931 verabschiedeten Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt der Ausländer verfügte das Land erstmals über ein parlamentarisch sanktioniertes Instrument im Kampf gegen die «Überfremdung».

Doch die Abwehrpraktiken zielten nicht so sehr auf die zahlenmässig grösste Gruppe der Zugewanderten: auf die Italiener, die in den Fabriken und Grossbaustellen als billige Arbeitskräfte gebraucht wurden. Seit den frühen zwanziger Jahren richtete sich die restriktive Politik überdurchschnittlich stark gegen jüdische

Emigranten aus Osteuropa. Die Überfremdungswächter stilisierten die «Ostjuden» pauschal zum Inbegriff des ganz Anderen, die das «Schweizertum» in seiner ethnischen Homogenität bedrohen würden. An dieser Haltung änderte auch der beispiellose Staatsantisemitismus im «Dritten Reich» nichts, der Zehntausende von an Leib und Leben bedrohten Juden in die Zwangsemigration trieb. Die einsetzende Massenflucht nahm die Eidgenössische Fremdenpolizei nicht als humanitäre Katastrophe wahr. In ihren Augen gefährdete sie vor allem das schweizerische Projekt der Überfremdungsbekämpfung. Nach der durch die Annexion Österreichs ausgelösten jüdischen Fluchtbewegung liess Heinrich Rothmund Bundesrat Johannes Baumann in schöner Folgerichtigkeit wissen: «Wir haben seit dem Bestehen der Fremdenpolizei eine klare Stellung eingehalten. Die Juden galten im Verein mit den anderen Ausländern als Überfremdungsfaktor. Es ist uns bis heute gelungen, durch systematische und vorsichtige Arbeit die Verjudung der Schweiz zu verhindern.»

Kurz, die restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg resultierte nach Patrick Kury letztlich aus einem antisemitisch grundierten Abwehrdispositiv, das in den Berner Amtsstuben bereits in den frühen zwanziger Jahren konzipiert worden war. Die solid gearbeitete Studie mit ihren reflektierten Analysen bestätigt damit eine zentrale Erkenntnis der jüngeren Zeitgeschichtsforschung. Aus wissenschaftlicher Sicht ist zu bedauern, dass die Studie mit dem Jahr 1945 abbricht. Zu gerne hätte man gewusst, ob und inwiefern James Schwarzenbachs Überfremdungsbewegung auf die alten Diskursmuster zurückgriff oder ob diese in der Schweiz des «Wirtschaftswunders» gänzlich neue schuf.

Aram Mattioli, Luzern

Markus Schmitz: Westdeutschland und die Schweiz nach dem Krieg. Die Neuformierung der bilateralen Beziehungen 1945–1952. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2003, 586 S.

Markus Schmitz beleuchtet in seiner breit angelegten Dissertation das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz bzw. die Neuformierung dieser Beziehungen in den Jahren 1945 bis 1952. Die Studie beginnt mit der Kapitulation des Deutschen Reiches und der Auflösung der diplomatischen Beziehungen und reicht bis zur Akkreditierung des ersten Gesandten der Bundesrepublik 1952 in Bern.

Zu Recht weist Schmitz darauf hin, dass die Erforschung der deutsch-schweizerischen Beziehungen der unmittelbaren Nachkriegszeit lange vernachlässigt worden sei, und fragt nach den Gründen dieses Desinteresses. Was aus schweizerischer Innenschau oft als bedeutsam erscheint, ist es aus der Aussensicht weniger. Hier führt der Blickwinkel des deutschen Autors zu neuen Erkenntnissen, indem er deutsche und schweizerische Sichtweisen verknüpft. Offensichtlich wird, welche bedeutsame Rolle die Schweiz für Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit bewusst spielte. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der doppelten Staatsgründung strebte die Bundesrepublik nach Stabilität, Souveränität und einer konsequenten Westbindung. Hier übernahm die Schweiz wichtige Türöffnerfunktionen und ermöglichte deutschen Nachkriegspolitikern die ersten Gehversuche auf internationalem Parkett. Diese Politik der Schweiz fand im Kontext einer klaren westlichen Ausrichtung statt. Das Land teilte die nordatlantische Bedrohungswahrnehmung und befürchtete eine «Balkanisierung» und «Sowjetisierung» des nördlichen Nachbarn. Entsprechend gestalteten sich auch die Bezie-